

Unter anderem in dieser Ausgabe:

SCHULE IN NOT: VERANSTALTUNGSBERICHT S. 4

VERANSTALTUNGSREIHE: WOHNPOLITIK IM FOKUS S. 5

INTERVIEW MAL UMGEKEHRT: WIR REDEN MIT DER L-IZ S. 8

BUNDESTAGSWAHL: VORSTAND PLANT FAHRPLAN S. 9

Veranstaltungstipp

Friedenspolitik im Fokus

Unter dem Titel „Ist der Frieden noch zu retten?“ diskutieren Peter Nowak (Journalist), Ottmar Steinbicker (Aachener Friedensmagazins) & Bärbel Schindler-Saefkow (Deutscher Friedensrat).

Do. 27. 10. - 19 Uhr - linXXnet - siehe S. 10

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2016

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



300.000 Menschen gegen TTIP & CETA bundesweit - und in Leipzig waren über 15.000 auf der Straße. **Siehe Leitartikel**

Bild: Compact - CC BY-SA 2.0

Über 300.000 gegen TTIP und CETA

Susanna Karawanskij Über die Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten und wie es jetzt weitergeht

Am 17. September 2016 fanden bundesweit sieben parallele Großdemonstrationen gegen das umstrittene Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen TTIP und das Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA statt. Die Demonstrationen bildeten damit den vorläufigen Höhepunkt der Proteste, die seit Beginn der TTIP Verhandlungen im Jahr 2013 auf die Straße getragen wurden. Trotz des regnerischen Wetters haben sich in Leipzig etwa 15 000 Menschen zusammengefunden, um ein Zeichen gegen die geplanten Freihandelsabkommen zu setzen. Bundesweit waren es über 300 000 Menschen, die ihre Ablehnung gegenüber den geplanten Freihandelsabkommen auf die Straße getragen haben.

Die Befürwörter_innen der Freihandelsabkommen versprechen sich von diesen mehr Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, sowie Erschließung neuer Märkte durch Überwindung bestehender Handels- und Investitionsschranken, jedoch werden diese Argumente von bereits veröffentlichten Studien entkräftet. Der positive Wirtschaftseffekt wird dabei als sehr gering eingeschätzt, zumal das erwartete Wachstum nicht aus dem Leeren kommt, sondern auf Kosten von wirtschaftlich schwachen Regionen generiert wird. Die besagten Freihandelsabkommen sind in Folge dessen so konzipiert, dass sie allen Nichtbeteiligten die Geschäftsbedingungen diktieren und damit exklusive Märkte

schaffen. Dies führt zu verschärften Konkurrenzbedingungen, vor allem für die Länder des globalen Südens, wodurch der wohlhabendere globale Norden weitere wirtschaftliche Vorteile erlangt.

Die „Liberalisierungseffekte“ der Freihandelsabkommen resultieren darüber hinaus aus Angleichung und Abbau von Standards, Normen und Regelungen. Dies geschieht zu Lasten der Gemeinwohlorientierung, z.B. wenn durch den im Abkommen TTIP geregelten Investitionsschutz ökologische sowie soziale Errungenschaften den Profitinteressen der Unternehmen untergeordnet werden. Eine nachhaltige Energiepolitik und der Ausbau erneuerbarer und zukunftsfähigen Energien würde damit verunmöglicht werden, wenn große Konzerne, die von „Fracking“ oder fossilen Brennstoffen profitieren, Staaten wegen ihrer Gesetzesänderungen, welche z.B. im Rahmen des Pariser Weltklimaabkommens vorgenommen werden, verklagen können. Dadurch kann die Möglichkeit des Klagens von Unternehmen bereits im Vorfeld als Drohung genutzt werden, um „unliebsame“ Entscheidungen und Regulierungen des Staates zu blockieren. Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass auch der gesamte soziale, kulturelle und gesundheitliche Bereich der Daseinsfürsorge unter ökonomischen Legitimationszwang gerät und nach seiner Brauchbarkeit für unternehmerische Investitionen bewertet wird. Damit werden das Wohl der

DIE LINKE auf der Demo

Im Vorfeld fanden **mehrere Infoveranstaltungen** der LINKEN zum Thema in Leipzig statt und DIE LINKE. Leipzig hat **2.500 eigene Info- und Mobiflyer verteilt** und in Leipzig sowie den umliegenden Landkreisen über **300 Plakate** gehangen. Auf der Demo waren wir mit über 50 Fahnen, 30 Hochalteschildern, einigen Plakaten, 5 Riesenballons, 200 normalen Ballons und Transparenten sowie einem eigenem 7,5t-Lautsprecherwagen am Start. Um diesen haben sich Kay Kamieth, Michael Eichhorn, Daniel Knorr, Ben Kretschmar & Christoph Schinke (als DJ) gekümmert. **Rednerin** auf der Auftaktkundgebung war Katja Kipping und während der Demo sprachen Caren Lay, Susanna Karawanskij, Axel Troost und Rico Gebhardt. Moderiert wurde der Lauti, welcher unseren doch recht großen **DIE LINKE-Block** anführte, von Marco Böhme. Für uns war außerdem Kay Kamieth aktiver Vertreter im **lokalen Demo-Bündnis** und organisierte zusammen mit der Geschäftsstelle den **DIE LINKE-Stand** auf der Kundgebung, Tilman Loos war Leiter für die **Einweisung der ankommenden Busse** und natürlich haben zahlreiche Genoss*innen an der Demo teilgenommen.

Fortsetzung von Seite 1

Bürgerinnen und Bürger und der Erhalt unserer Umwelt den Gewinnen von Unternehmen und Investoren untergeordnet – Wirtschaftliche Interessen werden der politischen Willensbildung übergeordnet.

Aber welche konkreten Auswirkungen haben TTIP und CETA auf die Kommunen? Bereits seit mehr als drei Dekaden untersteht die öffentliche kommunale Infrastruktur wirtschaftlichen Interessen. Öffentliche Dienstleistungen werden ausgelagert, Privatisierungen stehen an der Tagesordnung. Kommunen werden strukturell nicht ausreichend finanziell ausgestattet, um ihre soziale und kulturelle Infrastruktur zu erhalten oder gar ausbauen zu können. Stellenabbau und Kürzungen in vielen Bereichen sind die Folge, nicht zuletzt auch durch das Spardiktat der „Schuldenbremse“. Der Bereich der Dienstleistungen würde durch TTIP und CETA, sowie übrigens auch TISA (das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen, welches bereits seit 2012 zwischen den USA, der EU und 21 weiteren Ländern verhandelt wird) als potentiell zu erschließender Markt betrachtet werden. Dies würde den Privatisierungstrend bei den öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Kultur, der Gesundheit und des Sozialen nur noch verstärken. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen werden dadurch begrenzt, wenn Richtlinien und Regelungen im Bereich der Daseinsvorsorge als Handelshemmnisse für ausländische Investoren interpretiert werden. Soziale Infrastruktur und damit auch soziale-, kulturelle- und Bildungseinrichtungen, sowie technische Infrastruktur wie z.B. Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, werden für privates Kapital geöffnet werden. Aufgrund der profitorientierten privatwirtschaftlichen Infrastruktur, werden insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsschichten von bestimmten kulturellen

oder sozialen Einrichtungen und damit vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Während das private Infrastrukturangebot in den Städten aufgrund vielfältiger Investitionsmöglichkeiten erhalten bliebe, würde Infrastruktur in den bevölkerungsarmen Regionen im ländlichen Raum gänzlich fehlen, da es sich dort aus Investorensicht nicht lohnt, Investitionen zu tätigen. Dies hat zur Folge, dass regionale Unterschiede noch stärker zunehmen würden.

Zwei Tage nach der bundesweiten Großdemonstration, am 19. September, stritt die SPD-Basis bei einem Parteikonvent in Wolfsburg um ihre Positionen zu CETA und stimmte letztendlich zu zwei Dritteln mit „Ja“ zu dem Kurs von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Es erscheint indes sehr unrealistisch, dass die vom SPD-Konvent gestellte Forderung nach einer im parlamentarischen Verfahren geregelten Nachbesserung des CETA-Abkommens durch eine rechtsverbindliche Zusatzklärung, bis zur Abstimmung im EU-Rat ausgehandelt werden kann. Darüber hinaus ist die Bestrebung der EU-Kommission, CETA noch vor der Ratifizierung in den einzelnen nationalen Parlamenten vorläufig anzuwenden, ein Skandal. Durch die vorläufige Anwendung und faktisches Inkrafttreten des Abkommens, werden nachträgliche Änderungen massiv erschwert wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Es gilt nach wie vor unsere Ablehnung gegen TTIP und CETA laut und selbstbewusst kundzutun und für unsere Positionen einzustehen. Keine kosmetische Änderung wird etwas an dem an wirtschaftlicher Effizienz und Profitmaximierung orientierten Kern der Freihandelsabkommen ändern, denn Allgemeinwohl wird bei TTIP und CETA immer noch an letzter Stelle geschrieben. In diesem Sinne kann die Forderung nur lauten: Stop TTIP und CETA!



DIE LINKE hilft und berät vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine von und bei DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE bietet zahlreiche Kontaktmöglichkeiten und Beratungsangebote vor Ort an, die von allen Interessierten kostenlos wahrgenommen werden können. Darunter auch regelmäßige Termine an vielen verschiedenen Stellen in der Stadt. Individuelle Termine sind nach Rücksprache meist auch möglich.

Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Abgeordnetensprechstunde mit MdL Franz Sodann
- 18. Oktober 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Naomi-Pia Witte
- 7. November 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Wahlkreis - Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis - Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden 2. & 4. Do. 12:00 bis 15:00 Uhr und 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Leipzig, Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektanrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN sind für alle Interessierten öffentlich.

- Fraktionssitzung: 15. Juni, ab 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 22. Juni, ab 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus





Bild: Gera - CC BY-SA 2.0 - via flickr

Video

Leipzig Fernsehen hat einen schönen Bericht von der Veranstaltung gebracht. Diesen kann man sich hier anschauen: gleft.de/1te

Freifahrt für alle!

Elisabeth Richter Das Bürger*innenforum der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag war ein voller Erfolg!

„Solidarische Finanzierung des ÖPNV statt weiter steigender Fahrpreise!“ war das Motto der Landtagsfraktion, die am 27. September 2016 mit Marco Böhme ein Bürger*innenforum auf dem Lindenauer Markt durchführte. Unter freiem Himmel diskutierte unser Landtagsabgeordnete und Sprecher für Mobilität und Klimaschutz mit seinen Gästen darüber, wie der öffentliche Nahverkehr für alle Menschen preiswerter gestaltet werden kann. Die Stadt Tallinn (Estland) gibt bereits ein Beispiel vor: Dort können Menschen seit 2013, ohne sich jedes Mal ein Ticket zu kaufen, mit Bus und Bahn fahren.

Der Vertreter Tallinns bei der Europäischen Union, Alan Allaküla, der über das Bürger*innenticket in seiner Heimatstadt berichtete, betonte, dass die Idee für dieses Modell gerade in Zeiten der Finanzkrise aufkam. Viele Menschen konnten sich den Nahverkehr nicht mehr leisten. Das Bürger*innenticket, das über den Kommunalen Haushalt der Stadt finanziert wird, sorgte dafür, dass die Finanzierung des ÖPNV gesichert ist und so jeder und jede kostengünstig in die Stadt fahren kann. Letztlich ergibt sich damit ein positiver Nebeneffekt: Die Menschen können in der Stadt ihr Geld ausgeben und so die regionale Wirtschaft ankurbeln.

Mathias Bärwolf, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Erfurter Stadtrat und Aufsichtsratsmitglied der Erfurter Verkehrsbetriebe, setzt sich seit Jahren für einen fahrscheinfreien ÖPNV in der thüringischen Hauptstadt ein. Die Bevorteilung des motorisierten Individualverkehrs muss aufgehoben werden. Unsere Städte sind viel zu sehr auf die Interessen der Autoindustrie und den privaten PKWs ausgerichtet. Stattdessen sollte sich der Fokus hin zum öffentlichen, für alle nutzbaren ÖPNV wandeln. Auch mit der Konsequenz, dass Parkplätze in den Innenstädten teurer werden, um die Menschen von der Straße auf die Schiene zu bringen und mehr Gerechtigkeit an den Infrastrukturkosten zu erreichen. Bärwolf erklärte außerdem, dass für die Finanzierung in Erfurt eine Nahverkehrsabgabe ein einfaches und sinnhaftes Modell sei. In diesem Fall würden die volljährigen Bürger*innen Erfurts einen monatlichen Beitrag von 25,-€ leisten, mit dem dann alle Menschen jederzeit ohne Fahrschein fahren könnten. Damit wären neben den notwendigen Instandhaltungskosten auch bereits notwendige Investitionskosten in Schienen und neue Fahrzeuge abgedeckt. Den Weg für eine solche Abgabe hat die Rot-Rot-Grüne Landesregierung bereits frei gemacht und ein Gesetz im Verfahren, was den Kommunen erlaubt, eine Abgabe für Modelle des fahrscheinfreien ÖPNV zu erheben.

Marco Böhme betont: „Das Thema Bürger*innenticket ist umstritten, das Modell wird auch als Zwangsabgabe oder GEZ für den ÖPNV bezeichnet. Jedoch ist zu bedenken, dass es für hunderttausende Menschen in Sachsen das Zwangsticket schon gibt, weil sie auf den ÖPNV angewiesen sind und dafür ein kleines Vermögen ausgeben müssen. Uns geht es aber darum, den ÖPNV solidarisch zu finanzieren. Wir wollen also auch Nutznießer*innen wie Tourist*innen, Autofahrer*innen und die Wirtschaft in dessen Finanzierung einbinden.“

Dass das Thema Bürger*innenticket bei vielen Menschen, gerade den Autofahrer*innen, auf Skepsis stößt, wurde auch in der Diskussion auf dem Lindenauer Markt deutlich. Dafür bot das Bürger*innenforum eine gute Möglichkeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Unter freiem Himmel, auf einem öffentlichen Platz in der Stadt, lässt sich sehr gut und offen miteinander ins Gespräch kommen. Das Wetter spielte glücklicherweise mit - und wem es doch zu kalt wurde, konnte sich mit Kartoffelsuppe und Tee aufwärmen - oder eben hitzig diskutieren.

Ein Video-Mitschnitt und eine ausführliche Auswertung der Veranstaltung findet ihr im Internet unter linksfraktionsachsen.de



Ebermann vs. Troost

Am 29. September diskutierten der LINKE Bundestagsabgeordnete Axel Troost mit Thomas Ebermann unter dem Titel „Die Keynesianer und die Kritik von links“. Moderiert wurde die Veranstaltung im „Neuen Schauspiel“ von Susanna Karawanskij. Ein Best-of der Diskussion wird demnächst als Mitschnitt auf der Facebookseite des linXXnet veröffentlicht.

Bericht von der Veranstaltung Schulen in Not

Volker Külöw Über 60 Gäste bei Podiumsdiskussion

Die Nöte sind offenkundig derzeit besonders groß im sächsischen Bildungswesen. Anders ist es nicht zu erklären, dass erfreulicherweise über 60 Gäste einer gemeinsamen Einladung der Leipziger LINKEN, der Stadtratsfraktion und der bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Cornelia Falken in die Galerie KUB zur Podiumsdiskussion „Schule in Not“ folgten. Wo sonst in der Leipziger Südvorstadt PerformancekünstlerInnen mit ihrem Können aufwarten, erfuhr am 19. September das interessierte Publikum an diesem von Stadtrat Marco Götze souverän moderierten Abend aus berufenem Munde, warum Lehrkräftemangel in Leipzig herrscht. Die Hauptursache für dieses Defizit benannte die GEW-Kreisvorsitzende Ines Hartmann: „Wir müssen dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attraktiver wird. Dazu gehört eine einheitliche Eingruppierung.“ Damit spielte sie auf die Tatsache an, dass Lehrkräfte an Oberschulen gut 300 Euro weniger bekommen als am Gymnasium und in anderen Bundesländern

die Lehrerschaft insgesamt wesentlich besser bezahlt wird. Abwanderung ist die logische Konsequenz, denn bei den Nettogehältern bewegt sich Sachsen im bundesweiten Vergleich am Tabellenende.

Auf einen weiteren Grund für die fehlenden Lehrerinnen und Lehrer machte Cornelia Falken aufmerksam. Die entsprechenden Studienplätze reichen nicht aus, auch wenn jetzt eine Erhöhung auf 2.000 beschlossen werden soll. Da nur 63 Prozent der Lehramtsstudenten ihre Ausbildung beenden, muss diese Zahl dringend erhöht werden: „Die CDU-Landesregierung muss aufhören, bei der Bildung zu sparen.“ Auf diese Forderung der Landtagsabgeordneten ging Ralf Berger, der Leiter der Regionalstelle Leipzig der Sächsischen Bildungsagentur, als loyaler, dem Dienstherrn verpflichteter Beamter, naturgemäß nicht ein. Aber auch dieser treue Staatsdiener musste zumindest indirekt gravierende Versäumnisse der christdemokratischen Bildungspolitik der letzten Jahre einräumen. Der

Ausweg über Quereinsteiger, die ja zumeist über keine pädagogische Ausbildung verfügen, funktioniert beispielsweise nur bedingt, wenn laut Berger von 450 Neueinstellungen kein einziger Informatiker dabei ist.

Was dieser Mangel in der Praxis konkret heißt, machte die 16jährige Isa-Loa Zeh-Sa vom Stadtschülerrat deutlich. Die Schülerin einer 10. Klasse berichtete, dass sie in diesem Schuljahr bislang nur zwei Informatikstunden gehabt habe und dass bei vielen Quereinsteigern im Unterricht oftmals nur Filme gezeigt werden. Angesichts dieser angespannten Situation wundert es dann nicht, dass auch der Förderunterricht in Mathematik und anderen naturwissenschaftlichen Fächern immer mehr ausfällt. Pier Meier, der Vorsitzende des Stadtelternrates, dazu: „Jahr für Jahr steigen die Kosten, die Eltern für private Nachhilfe ausgeben müssen. Förderung muss aber in der Schule erfolgen. Wir können sie nicht so verlagern, dass die Eltern dafür bezahlen müssen.“

Und als gäbe es nicht schon genug bildungspolitische Probleme, verwies die Stadträtin und langjährige Lehrerin (42 Jahre Berufserfahrung!) Margitta Hollick auf die angespannte baulichen Situation an vielen Leipziger Schulen sowie die Defizite in der hiesigen Schulnetzplanung, die vor allem durch Versäumnisse des Statistischen Landesamtes in Kamenz zurückzuführen sind. Hollicks Aufforderung insbesondere an die anwesenden Eltern lautete angesichts der zahlreichen Probleme im Bildungswesen, „gemeinsam mehr Druck von unten aufzubauen“, um die Politik zum Handeln zu zwingen. Dieser außerparlamentarische Druck muss insbesondere auch deshalb in nächster Zeit erhöht werden, um Änderungen am vorliegenden Entwurf des Schulgesetzes zu erzwingen, die aus Sicht vieler Gäste dieser diskussionsfreudigen Veranstaltung dringend notwendig sind.

Bild: Unbekannt, weil nicht mitgeteilt





Bild: Westwerk von Strassenstriche.net - CC BY-NC 2.0 - via Flickr

Stadt für alle, statt nur für wenige!

Jule Nagel & Marco Böhme Im November und Dezember gibt es drei LINKE Veranstaltungen zur Wohnungspolitik in Leipzig

Gentrifizierung, Knappheit von bezahlbarem Wohnraum und fehlende Mitsprache von Mieter*innen bei der Gestaltung des eigenen Stadt- und Wohnumfeldes - Die Diskussion darüber, wie gemeinsames Wohnen sozial und solidarisch funktionieren kann, ist aktueller denn je. Allein 2015 wuchs die Bevölkerung der Stadt Leipzig um mehr als 15.000 Einwohner*innen. Es ist also an der Zeit, die städtische Wohnungspolitik aktiv als LINKE Politik zu gestalten. Dazu finden im November und Dezember drei Veranstaltungen zu wohnungspolitischen Themen statt, in denen über Chancen und Herausforderungen linker Wohnungspolitik diskutiert werden soll.

Den Auftakt am 08. November macht eine Diskussion zum bezahlbaren Wohnraum im Osten Leipzigs. Die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Caren Lay, diskutiert gemeinsam mit der LINKEN Stadträtin Juliane Nagel, Marlen Försterling vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (angefragt) und Norma Brecht vom Leipziger Netzwerk „Stadt für alle“ über Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wohnungspolitik. Weiter geht

es am 17. November mit einer Veranstaltung des Rings Politischer Jugend Sachsen e.V. in Kooperation mit der linksjugend [solid] Sachsen über das Konzept der „Neuen Gemeinnützigkeit“ als Alternative zum privatwirtschaftlich organisierten und profitorientierten Wohnungsmarkt, die im Süden Leipzigs stattfinden wird. Welche Chancen es für derartige Ansätze in Leipzig gibt, debattieren der finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Axel Troost, ein Vertreter des Grazer Stadtrats, wo mit der Gemeinnützigen Grazer Wohnungsgenossenschaft (GGW) das Konzept der Neuen Gemeinnützigkeit bereits in der praktischen Wohnungspolitik umgesetzt wird, mit Vertreter*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Den Abschluss der Konferenzreihe bildet eine Diskussion im Dezember zu „Smart City“-Initiativen. Unter diesem Begriff werden Stadtentwicklungskonzepte verstanden, mit denen Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher und sozial inklusiver gestaltet werden sollen. Die Stadt Leipzig bemüht sich um die Umsetzung von Smart City-Initiativen und ist

bereits Partner eines entsprechenden Förderprogramms der EU-Kommission. Inwiefern diese Konzepte aus linker Perspektive gestaltet werden können und welche Gefahren die häusliche Vernetzung birgt, darüber soll im Leipziger Westen mit Vertreter*innen von Wohnprojektinitiativen, Datenschutzinitiativen und aus der Kommunalpolitik diskutiert werden.

Veranstaltung

1. Veranstaltung der Reihe

Im Osten nichts Neues? Bezahlbarer Wohnungsneubau und Wohnraum in der Stadt. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wohnungspolitik im Leipziger Osten.

- 08.11.2016, 19 Uhr
- OFT Rabet, Eisenbahnstraße 54, 04315 Leipzig
- Moderation: Franz Sodann, MdL

LEIPZIGS NEUE SEITEN

Keine Mitternachtsmesse

Nachdem die Tore der Bundesliga in Leipzig erneut längst ge- und verschlossen waren, funzelte eine Taschenlampe auf dunkle Wege und vermüllte Papierkörbe. Ließ nichts aus, ließ sich Zeit. Nichts verloren, gesucht wurde trotzdem. Was war des Rätsels Lösung? Eine Rentnerin ist mit ihrem Fahrrad unterwegs, um Bierflaschen zu entdecken, die Fans des runden Leders wegge- worfen hatten. Die alte Frau schob langsam ihr Rad, in der einen Hand den Lenker, in der anderen die Funzel ... mit einer Engelsge- duld. 30 Meter weiter, eine großen Tasche am Rollator, graste eine ebenfalls schon recht Lebenserfahrene die lange Straßen- bahnhaltestelle ab... nach Flaschen. Vorbei an vielen jugendlichen Nachtschwärmern. Was mögen die wohl gedacht haben? Sieht so unsere Zukunft aus? Vielleicht haben die Sammlerinnen die Flaschen später sogar noch ausgespült. Am nächsten Tag gibt's für diese mitternächtliche Suche ein paar Cent an der Supermarktkasse. Super, so wünschen wir uns im Alter die Nächte?

Fragt
Euer **Lipsius**



**»Meine Niederlage wird nicht bedeuten,
daß der Sieg unmöglich war.
Im Bemühen, den Gipfel des Everest
zu erreichen, haben viele Niederlagen
erlitten, aber schließlich wurde
der Everest doch bezwungen.«**
Ernesto Che Guevara, 1928 - 1967

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELADEXXXX

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / mail)

Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külow (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. September 2016

Hilflosigkeit



Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Die Leipziger Bühnenfassung des Wende- Romans »89/90« von Peter Richter überzeugt nicht. Dies liegt zunächst an der Romanvorlage, wobei der Begriff Roman für diese Plattitüde aus Erinnerungsschnipseln und Anekdoten zu hoch gegriffen ist. Das Beste sind gerade so noch die Fußnoten, wo DDR-Spezifika einer Generation U 40 erläutert werden. Man merkt dem Buch und der Vermarktungsstrategie an, dass hier, wie Ende der 1990er Jahre mit dem »literarischen Fräuleinwunder«, etwas künstlich angeheizt werden soll. Da wollte ein Verlag auf den ebenso peinlichen Clemens-Meyer- Zug aufspringen, der auch meint, für eine Generation sprechen zu müssen. Einspruch! Die Schwäche der Vorlage lässt dem Regie- team um Claudia Bauer wenig Spielraum. Es gibt: eine Dame, die Jungkommunistin, im Abendkleid aus einer DDR-Fahne, hübsch, »Bonzen, Bier und Bockwurst« als Definition des Kampftages der Arbeiterklasse, das Motto »FDJ-Aufgebot 40«, die Erzählung von prügeln- den Vopos. Nur am Rande: prügelnde Polizei- sten gab es nicht nur bei der Volkspolizei, da reicht heutzutage ein Besuch von Anti-Nazi- Demos, um dies gelegentlich zu sehen. Nein, eine echte Fehlersuche dieses untergangenen Gesellschaftsentwurfes findet nicht statt und der Nachwendeteil ist arg verkürzt und plaka- tiv, taugt nicht als Erklärungsmuster für heuti-

gen Neofaschismus. Einzig ernstzunehmendes Element ist die gesungene und getanzte Offen- legung der früher und heute in der BRD üblichen demagogischen und irreführenden Verwendung der Begriffe »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber«. Hilflos spult Claudia Bauer den Regietheaterunsinn mangels belastbaren Inszenierungsfaden ab: Riesenvideowand mit bewegter Live-Kamera, Nebelschwaden bis zum Husten und partiell grelles Blendlicht aus dem Off. Man hat das Gefühl, alles schon tau- sendmal gesehen zu haben. Dann werden Schauspieler in infantile Gnom-Masken gesteckt und der fast dreistündige Abend dem Selbstlauf überlassen. Wenn nicht die aktuell zwei besten Schauspieler des Ensembles ver- sucht hätten, die Inszenierung zu retten: Anna Keil als überzeugte Staatsbürgerkundeführerin im himmelblauen Dederon-Kleid, kokett und streng und Denis Petkovic als übereifriger und dadurch demaskierter Kommandant eines ZV- Lagers. Der Chor ist qualitativ gut (lobenswer- te Einstudierung durch Daniel Barke, insbeson- dere des Choral »Kinder der Maschinenrepub- lik« einer DDR-Rockband) – nur fragt man sich, was dessen Funktion ist. Soviel Hilflosig- keit eines Regieteams ist selten zu erleben. Andererseits aber bei dieser Textvorlage unvermeidlich.

Daniel Merbitz

N(M)acht der Kunst

Nun war es am 3. September wieder einmal soweit. Zum siebten Mal präsentierte der För- derverein Georg-Schumann-Straße e.V. die Nacht der Kunst. Mit 53 ungewöhnlichen Stand- orten, über 120 Künstlern und mehr als 7000 Besuchern in einer Nacht: Malerei, Fotografie, Skulpturen, Streetart, Keramik, Lesungen und Straßenmusik. Eröffnet wurde diese Nacht durch die Kulturbürgermeisterin der Stadt Leip- zig Skadi Jennicke.

Vereine, Gewerbetreibende, Hauseigentümer öffneten ihre Pforten. Hausfassaden verwandel-

ten sich in Kunstwerke, Hauseingänge und Ein- fahrten in Galerien: Einblicke in Räume, welche sonst verschlossen sind. Es zeigte sich in dieser Nacht, dass auch eine Straße zu einer lebendi- gen Schlenkermeile für junge Kreative, Fami- lien, Kunstinteressierte und Hipster erwachen kann. Denn diese laue Spätsommernacht ver- band Menschen über alle kulturellen und sozia- len Grenzen hinweg. Es ermöglichte den Blick in ein Wohnviertel, welches für viele schon als »rostiger Nagel« angesehen wurde. Die Macht der Kunst.

Lavinia Hudson

»Glasnost« und das lange Sterben der Sowjetunion

Der bedeutungsschwer erscheinende Titel zielt schon auf Künftiges und wird sich einordnen in die in den nächsten Monaten zu erwartende Fülle politologischer Untersuchungen, die sich mit Aufstieg, Existenz und Untergang der Sowjetunion beschäftigen. Der 2017 bevorstehende hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution wird diesen Trend eher noch befördern.

Angesichts der erneut wachsenden Bedeutung Russlands in der Weltpolitik wird sicherlich auch »Kremlastrologen« aller Couleur die Gelegenheit bieten, ihre Sicht auf Russland und seine Herrscher als einzig wahre Sicht der »Russlandkenner« mitzuteilen. Reinhard Lauterbach, Jahrgang 1955, Slawist und freischaffender Journalist für Russland und Osteuropa (»junge Welt«), geht einen anderen Weg. Er beschränkt sich auf die Regierungszeit Michail Gorbatschows in einem fakten- und datenreichen sowie historisch sorgfältig begrenzten Rahmen.

Lauterbachs sparsam formuliertes, überaus fundiertes und durch neue Materialien in sieben Abschnitten gegliedertes Buch ist historisch-chronologisch orientiert. Um nur einige

Gliederungspunkte hervorzuheben: Die Vorgeschichte der Perestroika und der Aufstieg Michail Gorbatschows zum russischen Präsidenten. In diesem Zusammenhang behandelt der Verfasser das ideologische Leben in der Endphase der Sowjetunion und die Zeit damals dominierenden Kampfbegriffe »Perestroika« und »Glasnost«; eine gründlichere Auseinandersetzung mit Boris Jelzin fehlt allerdings. Eines der wichtigsten Kapitel mit dem beziehungsreichen Titel »Pandoras Büchsenöffner« ist der gescheiterten sowjetischen Nationalitätenpolitik gewidmet. Schließlich wird das Buch mit der Frage abgerundet »Ist durch das Ende der Sowjetunion der Sozialismus gegenstandslos geworden?«, eine Frage, auf die auch Lauterbach letztlich keine schlüssige Antwort geben kann. Dennoch bleibt ein unerhört anregendes und streitbares Werk.

Erhard Hexelschneider

Reinhard Lauterbach: Das lange Sterben der Sowjetunion. Schicksalsjahre 1985 - 1999. edition berolina. Berlin 2016 by BEBUG mbH. ISBN 978-3-95841-031-2. 223 Seiten, 14,99 Euro.



Lachen erlaubt ... Denken auch!



Till Reimers, Foto: Mathias Becker

Wie sagen wir´s dem Volk? Ich brauche ein Haus, in das mein neuer flatscreen passt! Fühlen Sie sich beobachtet? Der Wahnsinn ist mitten unter uns!

Alle diese Fragen und Themen werden behandelt, mit Geist und Humor, mit Witz und Chuzpe, mal bitter, mal böse, beim 26. Europäischen Humor- und Satire-Festival, vom 16. bis 23. Oktober auf Leipzigs Brettln, die die Welt bedeuten und erklären. Außerdem unternimmt die Messe in diesem Jahr

eine Verjüngungskur, obwohl sie das nicht nötig hat, mit ihren erst 26 Jahren, aber vorbeugen ist besser als nachher heulen. Sprich: Poetry-Slam (dazu gehört auch Till Reimers) darf sich in diesen Oktobertagen messen lassen, an den Urgesteinen der Brettln-Kunst.

Es werden erneut mehr, als die sprichwörtlichen drei tollen Tage. Den Künstlern und dem Publikum sei Dank.

mz

Abschied per Krankenschein und letzte Mendelssohn-Festtage

Dieser vorzeitige Abschied – der abgeschlossene Vertrag ging bis 2020 – wird in der inzwischen 273-jährigen Geschichte des Gewandhausorchesters ein Kuriosum bleiben: Nach elfjährigem erfolgreichen Wirken als Gewandhauskapellmeister sagt Riccardo Chailly sein Abschiedskonzert kurzfristig per Krankenschein ab. An seiner Stelle dirigierte sein designierter Nachfolger Andris Nelsons Gustav Mahlers grandiose dritte Sinfonie und ließ mit seiner tief bewegenden Interpretation gewiss werden, dass von ihm Großes zu erwarten bleibt.

Die neue Spielzeit eröffnete Chaillys Vorgänger, der Gewandhaus-Ehrendirigent Herbert Blomstedt, mit der zweiten Leonoren-Ouvertüre, dem Klavierkonzert Es-Dur mit Andrés Schiff als meisterlichen Solisten und der siebenten Sinfonie von Ludwig van Beethoven in denkbar eindringlicher Weise. Nach dieser von tiefem Empfinden erfüllten »Siebenten« darf man auf deren baldiges Erscheinen als CD und den CD-Zyklus mit allen Beethoven-Sinfonien unter Blomstedts altersweiser und durchgeistigter Gestaltung gespannt sein. Die weiteren ursprünglich mit Chailly geplanten Konzerte liegen bei Blomstedt und Nelsons, der sein Amt erst im Februar 2018 antreten kann, in besten Händen.

Dem beeindruckenden Eröffnungskonzert folgten innerhalb der letztmals veranstalteten Mendelssohn-Festtage drei vokalsinfonische Höhepunkte. Unter Leitung von Andrew Manze an Stelle des verhinderten Sir John Eliot Gardiner erklang mit Gardiners Londoner Monteverdi-Chor und dem Gewandhausorchester die Sinfonie-Kantate »Lobgesang«. Darauf folgte mit dem MDR-Chor und -Sinfonieorchester Mendelssohns erstes Oratorium »Paulus« unter Leitung des MDR-Chorchefs Risto Joosts. Als dritte Großtat war mit dem Balthasar-Neumann-Chor und dem Gewandhausorchester unter Leitung von Thomas Hengelbrock Mendelssohns zweites Oratorium »Elias« zu erleben. Ausgeklammert blieb auch diesmal Mendelssohns erstes großes chorsinfonisches Werk »Die erste Walpurgisnacht« nach einer Dichtung Goethe. Zum Glück gibt es davon eine großartige Einspielung mit dem Leipziger Rundfunkchor und dem Gewandhausorchester unter Leitung von Kurt Masur in der ETERNA-Mendelssohn-Edition.

Zwar wurde angekündigt, dass die Mendelssohn-Festtage künftig ins Leipziger Bachfest integriert werden sollen, doch ist davon im Programm für 2018 wenig zu finden. Da müsste für 2018 noch eine Lösung gefunden werden.

Werner Wolf

Leserbrief: »Ja hackt es denn völlig?!«

Steffen Juhra Die besorgniserregenden Säuberungsphantasien des Michael Matthes. Eine Antwort.

Im letzten Mitteilungsblatt fand sich ein Text von derartiger Bösartigkeit, dass ich mich bereits am 1. Tag nach Online-Erscheinen des MiB 09 dazu berufen fühle, eine Erwiderung zu verfassen. Eigentlich wäre viel und mehr über dieses entlarvende Elaborat tiefster Verachtung zu schreiben. Ich muss mich mit einigen wenigen Punkten genügen:

Es ist tatsächlich so, dass es nicht so furchtbar ungewöhnlich ist, dass Menschen ihre materielle Existenz über die Partei sichern. Es gab und gibt neben den Abgeordneten unserer Partei eine Reihe von lohnabhängig Beschäftigten, die teils bei diesen Abgeordneten, teils bei Fraktionen und im aller geringsten Teil bei der Partei selbst beschäftigt sind. Zu einer der drei oben genannten Kategorien gehört meines Kenntnisstandes nach auch die Hälfte des Sprecher_innen-Kreises des Liebknechtkreises. Tatsächlich ist es so, dass wir seit Jahren erleben können, dass die Belastungen für das bezahlte Personal auf allen Ebenen größer werden. Das hängt nicht zuletzt auch daran, dass die Zahl der Mitglieder, die sich trotz Alter und Krankheit noch auf Leitern und hinter Infostände stellt, kontinuierlich abnimmt. Dadurch begegnet jenen Menschen, die mehr oder weniger Vollzeit-Aktivist:innen für unsere Partei sind eine massive Mehrfachbelastung: neben Erwerbsarbeit übernehmen sehr viele von ihnen ein Ehrenamt nicht, weil sie danach lüsten, sondern weil es vielerorts an Menschen mangelt, die die Arbeit noch wegtragen.

Womit ich zum nächsten Punkt komme. Mathias Matthes raunt düster-tiefgründig über die Flammenzeichen und die anstehende Entscheidung, und fühlt sich dabei offensichtlich selbst ein bisschen, wie in einem mittelmäßigen Fantasyfilm, in welchem der letzte Akt bekanntlich als große Entscheidungsschlacht ausgetragen, die Monstren erschlagen werden und das Gute triumphiert. Vor allem zeigt er damit entweder das völlige Unverständnis oder aber die Geringschätzung für die tatsächlichen Entscheidungen, die unsere Partei am laufenden Band demokratisch fällt. Mag sein dass es dem Sprecher des Liebknechtkreises nicht passen mag, was in Neukieritzsch beschlossen wurde. Das sei ihm ja gegönnt, schließlich wurde jeder der Anträge des Liebknechtkreises, etwa den Leitantrag des Landesvorstandes vollständig durch ein sogenanntes Aktionsprogramm ohne den Vorschlag einer einzigen konkreten Aktion zu ersetzen, mit sehr deutlicher Mehrheit abgelehnt. Deshalb aber die Existenz oder gar die Legitimität dieser Entscheidungen anzu-

zweifeln oder schlicht zu negieren, bezeugt ein zutiefst problematisches Verhältnis zur innerparteilichen Demokratie.

In Neukieritzsch wurden wichtige Entscheidungen getroffen, etwa was die finanzielle Situation und mittelfristige Planung unseres Landesverbandes betrifft. Dort flossen viele, viele Stunden ehrenamtlicher Arbeit in die Ausarbeitung von Vorschlägen und nicht zuletzt in die Vermittlung zwischen Kreisvorsitzenden und der landesweiten AG Finanzen. Hier gibt es (völlig strömungsübergreifend!) einen echten Konflikt, der die finanzielle Lebensfähigkeit unserer Partei betrifft und den wir miteinander solidarisch auflösen müssen, bevor bloßes „Weiter so“ und Wahlkämpfe unsere Rücklagen aufgezehrt haben. Und Mathias Matthes stellt sich hin und behauptet, Neukieritzsch sei bloßes Huldigungsritual gewesen, weil ihm nicht genug seiner Lieblingsphrasen gerufen wurden?

Der Liebknechtkreis Sachsen muss sich nach reichlich 2 Jahren langsam entscheiden, was für eine Rolle er zu spielen gedenkt im Landesverband. Will er als organisierter Pol im innerparteilichen Meinungsspektrum konstruktiv daran mitwirken, dass wir als Gesamtpartei bestehen? Dann sollte er seine Totalverweigerung zu Gunsten einer tatsächlichen Mitarbeit an den Gremien des Landesverbandes aufgeben. Und dann sollte er endlich anfangen, auch Verantwortung zu übernehmen für Entscheidungen, an denen teilweise seine Mitglieder (etwa die sechs Mitglieder im Landesvorstand) beteiligt waren. Vor allem sollte sich dann der Liebknechtkreis von den Äußerungen seines Sprechers Mathias Matthes distanzieren und dafür sorgen, dass aus seinen Reihen nicht immer weiter Hass und Verachtung in unsere Partei getragen werden. Bisher ist nämlich noch nichts zu merken gewesen davon, dass die Vertreter_innen des Liebknechtkreises „dieser Partei einen Inhalt geben wollen“. Aufgefallen sind seine Vertreter_innen bisher ausschließlich mit machtpolitischen Auseinandersetzungen und Semantikkritik.

Oder aber will der Liebknechtkreis einfach immer weiter die Unzufriedenheit und Verbitterung bündeln und ihr einen Nährboden bieten, indem er sich aus dem politischen Leben der Partei weitgehend heraus hält und stattdessen im geschlossenen Kreis seine grotesk verzerrten Feindbilder gedeihen lässt, um sich dann auf Parteitag als besserer Landesvorstand zu gerieren und die Partei so lange zu spalten und zersetzen („wir werden sehen wie viel Spreu und wie viel Weizen in dieser Partei ist“), bis er uneingeschränkt über die Trümmer herrschen kann?



Bild: Dieter Janke

Fraktion DIE LINKE wählt neuen Fraktionsvorstand

Sören Pellmann Am 28. September 2016 haben die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. Im Zuge dieser Vorstandswahlen wurde Sören Pellmann (39) als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt. Zum neuen Fraktionsvorstand gehören darüber hinaus die Stellvertreterinnen Franziska Riekewald (36) und Dr. Ilse Lauter (62). Vervollständigt wird er durch die BeisitzerInnen Margitta Hollick (67) und Steffen Wehmann (52). Dieses Wahlergebnis bestätigt, dass DIE LINKE im Leipziger Stadtrat in den letzten Jahren eine insgesamt sehr gute Arbeit geleistet hat. Bestätigt wurde auch die Personalpolitik, welche eine gute Mischung zwischen älteren und erfahrenen Stadträten sowie Jüngeren anstrebt. In der verbleibenden Wahlperiode werden wir als Fraktion DIE LINKE weiterhin an unserem Kurs der alternativen Gestaltungspartei festhalten und vor allem für die bessere soziale Ausgewogenheit unserer Stadtgesellschaft eintreten. Dabei erwarten wir auch mehr Ehrlichkeit und Transparenz bei Entscheidungsfindungen von der Verwaltungsspitze. Die Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat wird sich diesen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt stellen und vor allem die Finanzierung des ÖPNV, die Entwicklung des Wohnungsmarktes, den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Fokus ihres Handelns stellen. Denn DIE LINKE ist das soziale Gewissen im Leipziger Stadtrat. Die Diskussionskultur im Stadtrat hat sich verändert, sie ist rauer geworden, auch im Reflex auf das, was auf der Straße passiert. Viele Menschen haben das Vertrauen in die Demokratie verloren, das kann uns nicht egal sein. Sie ist die beste Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die wir derzeit haben. Sie ist anstrengend und langsam, aber ihre Trägheit ist in Zeiten ideologischer Aufladung der Debatte auch eine Chance. Nämlich noch einmal inne zu halten und genau zu prüfen, ob man wirklich alle Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung und Weltoffenheit so einfach über Bord werfen möchte. Wir als LINKE möchten das nicht!

Bild: Gisela Feinmann



Der Mann aus Havanna

Andrea Hoffmann für die RG Cuba Si Leipzig Yodier Cabrera Rosales zu Gast in Leipzig

Die AG Cuba Si Regionalgruppe Leipzig hatte am 04./05.08.2016 einen für die zukünftige Kuba-Solidaritätsarbeit wichtigen Besuch. Yodier Cabrera Rosales vom ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) war gekommen, um Arbeitsweise und Bedingungen unter denen die Solidaritätsgruppen arbeiten, kennenzulernen. Nach seinem IT-Studium arbeitet Yodier seit einem Jahr beim ICAP. Die Reise nach Deutschland vom 22.07.-15.08.2016 war seine erste Auslandsreise. Es gibt eine persönliche besondere Beziehung zu Alemania. Yodiers Mutti arbeitete in den 1980-er Jahren in der DDR, in Riesa. Eine enge Verbindung besteht bis heute zu einer ehemaligen Kollegin.

Die Augustsitzung der AG Cuba Si RG Leipzig fand gemeinsam mit Yodier und weiteren Gästen vom Cuba Si KO- Rat aus Berlin und Mitstreitern von Cuba Si RG Chemnitz im Liebknechtsthaus statt. Yodier berichtete von seinen bereits gewonnenen Eindrücken. Ein Schock war für ihn, wie er selbst sagte, dass es in Deutschland Armut gibt. Die hat er zuerst in Hamburg gesehen. In Schwerin traf er Gewerkschafter und kam mit Flüchtlingen ins Gespräch. Eine syrische Frau berichtete ihm über ihre Flucht. Am 23.07.2016 nahm er an der Fiesta de Solidaridad con Cuba in Berlin teil, die in diesem Jahr im Zeichen des 25-jährigen Bestehens von Cuba Si stand.

Yodier möchte dafür arbeiten, dass sich Kuba weiterentwickelt, zum Nutzen seines Landes. Er möchte eine Öffnung erreichen, welche neue Themen beinhaltet. Die Gewinnung junger Leute für die Kubasolidarität, die Zusammenarbeit der Kuba-Solidaritätsgruppen mit dem ICAP und die neue Strategie der Solidaritätsarbeit in Bezug auf die Weiterentwicklung des Sozialismus auf der Karibikinsel waren Schwerpunkte unseres Treffens.

Wir besichtigten mit Yodier den einst dichtbesiedeltesten Industriestandort Europas in Leipzig-Plagwitz. Unsere Companera Conchita Pradel berichtete unserem Gast über die Produktion und das soziale Engagement der dort ehemals ansässigen Betriebe, wie VEB Bodenbearbeitungsgeräte, KIROW-Werk, VEB Buntgarnwerke, VEB Buchbindereimaschinenwerke. 80% der Betriebe wurden nach der "Wende" im Jahre 1989 geschlossen und tausende Menschen wurden arbeitslos. Sichtbarer Ausdruck der Machtaufgabe zugunsten des Kapitalismus.

Ende September gibt es mit Yodier in Havanna ein Wiedersehen. Zwei Mitstreiter unserer AG Cuba Si werden im Workcamp von Cuba Si in Mayabeque solidarische Arbeit leisten und dann Yodier treffen.

Reihe: Partei erklärt diesmal: Delegiertenschlüssel

Tilman Loos So lange es Delegierte gibt, so lange braucht es Delegiertenschlüssel. Grundlage für einen Delegiertenschlüssel sind meist Mitgliederzahlen. Dazu braucht es eine mathematisches Zuteilungsverfahren und beides zusammen ergibt dann die Liste, aus der erkennbar ist, wer wie viele Delegierte wohin schicken darf.

Beispiel Stadtparteitag: So lange der Stadtparteitag eine Delegierten- und keine Mitgliederversammlung ist, braucht man auch hier einen Delegiertenschlüssel. Für den Stadtparteitag gibt es, was eher selten ist in unserer Partei, keine feste Zahl an Delegierten, die dann verteilt werden, sondern eine flexible Anzahl. Die Satzung unseres Stadtverbandes sagt folgendes:

- 1.) Auf jeweils 15 Mitglieder eines Ortsverbandes bzw. eines Zusammenschlusses kommt jeweils mindestens ein Delegiertenmandat.
- 2.) Grundsätzlich erhält jeder Ortsverband bzw. Zusammenschluss mindestens ein Delegiertenmandat.
- 3.) Die in Zusammenschlüssen gewählten Delegierten dürfen 20 % der gesamten Delegiertenzahl nicht überschreiten.

Regel 1 macht deutlich, dass sich die Zahl der Delegierten nach der Zahl der Mitglieder richtet. Wenn ein Ortsverband oder Zusammenschluss also beispielsweise 31 Mitglieder hat, muss er mindestens 2 Delegierte bekommen. Allerdings ist nicht festgelegt, welche Mitgliederzahlen zu verwenden sind. Üblich ist Jahresende (31.12.) oder Jahresmitte (30.06.) des Vorjahres. Allerdings kann mit Regel 1 auch gesagt werden, dass z. B. auf 15 Mitglieder zwei oder drei Delegierte kommen müssen, da es sich um eine „mindestens“-Regelung handelt. Regel 2 erklärt sich von alleine. Regel 3 ist eine Bestimmung, die sich auf eine bestimmte Interpretation des Parteiengesetzes bezieht. Auf dieser 3-Regel-Grundlage muss der Stadtverband einen Delegiertenschlüssel beschließen. Unklar ist, was passiert, wenn es so viele Zusammenschlüsse gibt, dass es einen Konflikt mit der 20%-Regel gibt. Denn in diesem Fall wäre die Frage offen, welcher Zusammenschluss verzichten muss.

Auf Landes- und Bundesebene gibt es weitgehend feste Delegiertenzahlen. Dem Landesparteitag beispielsweise gehören 160 Delegierte aus den Kreisverbänden an. Diese werden, abhängig von der Mitgliederzahl, auf die 13 Kreisverbände verteilt. Dabei kommt das Höchstzahlverfahren nach Adams zum tragen. Dabei erhält jeder Kreisverband zunächst 2 Delegierte - überhaupt werden die 160 Delegierten nur paarweise vergeben. Danach werden die Mitgliederzahlen durch 1, 2, 3 usw. geteilt und in Reihenfolge der höchsten Zahlen in der dadurch entstehenden Tabelle werden die verbleibenden 67 Delegiertenpaare verteilt.

Interview andersherum

Adam Bednarsky im Interview mit Robert Dobschütz von der L-IZ / LZ

Was hat euch motiviert, mit Euren Projekten (L-IZ, LZ) in den Leipziger Medienmarkt einzusteigen?

Da das ein wirklich weites Feld aus ganz persönlichen Motivationen und gesellschaftlichen (Medien)beobachtungen ist, gestatte ich mir mal eine etwas rhetorische Gegenfrage: Welcher „Medienmarkt“? Und zu welcher Zeit? Vor 12 Jahren, als die L-IZ.de startete, gab es aus unserer Sicht keinen Medienmarkt in Leipzig. Bis heute darf bezweifelt werden, ob er ohne uns überhaupt entstanden wäre.

Wie war die Situation, als ihr angefangen habt?

Damals gab es die heute kaum noch wahrnehmbaren oder bereits verschwundenen kostenfreie Monatsmagazine und Wochenzeitungen, bei denen man Beiträge kaufen konnte oder die gleich direkt von PR-Agenturen geschrieben wurden.

Dazu eine Bildzeitung mit einer schmal aufgestellten Lokalredaktion, die sich redlich, aber eben im typischen Bild-Stil mühte, vorrangig Promis in der Stadt zu finden. Und natürlich die LVZ als einzige existierende Reibungsfläche für denkende Leipziger.

Klingt ein wenig wie lange her?

Ja, es hat sich viel verändert. Aber die zwei Haupttrends bis heute waren andere. Ein gravierender Unterschied zu damals ist wohl, dass sich der MDR zu der Zeit noch nicht gegen den Rundfunkstaatsvertrag verhielt. Dieser verbietet dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk presseähnliche Erzeugnisse anzubieten – dies tut beispielsweise der MDR heute im Netz. Wir haben also heute eine Presse-Konkurrenz, die sich aus Rundfunkgebühren speist.

Und, Trend Nummer zwei, für die jüngeren Leser und wohl noch weit wichtiger: Es gab auch noch kein Facebook, Twitter oder Instagram, welche man fälschlicherweise für Nachrichtenmedien halten konnte. Heute glauben tatsächlich junge Menschen, Facebook sei ein Nachrichtenportal. Ich empfehle dann immer, mal die Facebook-Redaktion anzurufen, um zu zeigen, wie ungleich der „Kampf“ ist. Gleichzeitig haben diese „Sozialen Medien“ und vor allem Google mit Billigstpreisen praktisch den gesamten Werbemarkt besetzt, so dass die alten Regeln aus dem reinen Printzeitalter nicht mehr gelten.

Als Beweis für diesen klaren Trend: In den USA teilen sich heute diese Netzriesen bereits 88 Prozent der gesamten Werbeumsätze, Werbekunden schalten derzeit lieber für ganz schmales Geld in einem Umfeld, wo sie nicht kritisiert werden können. Am liebsten da, wo sie die User in der Freizeit erwischen – so steigt gerade auch der Werbeumsatz bei Online-TV-Anbietern.

Was bedeutet das für Euch hier in Leipzig?

Es gab aus unserer Sicht damals eine Chance für eine wirklich lokal bis regional orientierte „Online-Zeitung“, wirkliche Leipziger Geschichten und mehr Debatten in unserer Stadt. Refinanzieren konnten wir das bis etwa bis 2013 mit Werbung, die Tendenz war da noch leicht steigend.

Das nachfolgende Wachstum an Reichweite der L-IZ.de bis hin zur nachweislich größten unabhängigen Lokalzeitung in Deutschland hat uns auch Recht in der Notwendigkeit für eine freie L-IZ.de gegeben. Doch die Werbeumsätze sanken aus genannten Gründen seit 2014 trotz ständig ansteigender Arbeit und der 500.000 Besucher im Monat, unzähligen Kommentaren auf unserer Seite, Liveberichten aus dem Stadtrat, ersten Livestreams usw. immer weiter ab. Wir hatten Anfang 2015 eine Reichweite wie damals Freitag.de, begannen uns also sogar mit überregionalen Medien vergleichbar auszudehnen. Und mussten dann doch umdenken.

Letztlich hat dieses Auseinanderdriften zwischen Arbeitsumfang und Einnahmen bereits Ende 2013 zu den beiden Überlegungen geführt, die heute unsere Wege geworden sind. Im Internet seit Anfang 2015 Abonnements anfangs auf freiwilliger Basis zu verkaufen und die Initiierung einer Printzeitung namens „Leipziger Zeitung“ als eine Art Feldversuch zum Anfassen.

Also weniger Reichweite und dafür Geld vom Leser? Auf welche Schwierigkeiten seid ihr bis heute dabei gestoßen?

Das – ganz ohne Leserbeschimpfung – zwei Entwicklungen unsere Bemühungen begleiten und ständiger Erläuterung bedürfen. Einerseits glauben viele Menschen sicher auch aus finanziellen Lebensumständen gerade in Leipzig heraus, auf Medien, die Geld verlangen, verzichten zu können. Dennoch bemerken viele dabei nicht, wie sie selbst dazu beitragen, dass nun solche Begriffe wie „postfaktisch“ die Folge davon sind.

Die Erosion der Berichterstattung und das Anwachsen des redaktionell daher kommenden Werbemülls geht jedoch genau auch auf dieses Verhalten der Menschen mit zurück. Dass es große Konzernzeitungen nun ebenfalls flächendeckend mit Abonnements im Netz versuchen, zeigt heute eine bittere Wahrheit: Dass wir mit unseren Einschätzungen zum Werbemarkt und den Folgen bereits 2013 richtig lagen.

Das Gute, demokratische Element daran ist heute: Nun entscheiden die Leipziger selbst, ob sie gute Journalisten in der Stadt haben wollen oder nicht. Wenn nein, werden sie sich absehbar selbst noch mehr Lobbyinteressen und PR-Strategen ausliefern und das Misstrauen in der Gesellschaft wird dadurch si-



Bilder FU - vl. ob.: Unbekannt

cherlich nicht kleiner. Und wir haben bereits in den letzten Jahren zunehmend Journalisten die Seiten wechseln sehen – bereits heute kommen in Deutschland bereits etwa vier PR-Leute auf einen Journalisten.

Gerade im lokalen Bereich kann jedoch ein gutes und geprüftes Informationsangebot mit Journalisten, die bezahlt werden müssen, damit sie vor Ort sein können, viele Informationen bieten, die das eigene, konkrete Leben und Handlungsumfeld erleichtern.

Was steckt hinter dem „Freibeuter“-Aufruf der L-IZ.de?

Schön, dass auch Sie reingefallen sind – es heißt „Freikäufer“, aber es ist eben so gemeint, wie Sie fragen. Es sind genau diese geschilderten Überlegungen. Wir fordern nun seit zwei Monaten die Leser unserer Zeitung durch eine Berichterstattung gegen Geld konsequent auf, sich ausnahmsweise mal mit uns und unserer Arbeit zu befassen. Und sich zu entscheiden. Das Ziel lautet, dass wir 1.500 mal 99 Euro benötigen, um eine relevante und gute Tageszeitung im Netz mit der richtigen Anzahl an Kollegen in Leipzig zu produzieren.

Dabei können sich die Menschen auch zusammenschließen und zum Beispiel zu dritt oder zu viert einen Zugang teilen – also dann noch rund 25 Euro im Jahr zahlen. Wir haben es übrigens mal öffentlich in Brötchen umgerechnet. Es ist für jemanden, der 99 Euro alleine zahlt, ein (preiswertes) Brötchen am Tag. Den Rest der Kosten können wir dann über Werbeeinnahmen stemmen.

Was passiert, wenn ihr die 1.500 erreicht und was, wenn ihr scheitert?

Gelingt es, dann öffnen wir die gesamte L-IZ.de wieder und alle können wieder alles lesen. Es ist also ein solidarischer Ansatz, bei welchem wir zudem offen sagen, was wir im Jahr benötigen. Ein einzigartiger Vorgang im Vergleich zu anderen Medien, die nun um Abonnenten werben. Gelingt es nicht, berichten wir eben weiter für unsere derzeit knapp 900 Onlineabonnenten.

All das soll auch zeigen, was uns immer angetrieben hat: Wir machen die L-IZ.de und auch die LZ nicht für uns, doch ohne Einnahmen ist eine Zeitung nicht machbar. Apropos LZ. Wer lieber einmal im Monat einen kompakten Überblick haben möchte – auch den kann er gern abonnieren.



3 Bilder aus dem September

Bild links oben: Zusammen mit der Cinematheque und der linken Wochenzeitung „Jungle World“ hat das linXxnet am 7. September zu Filmvorführung und Historikergespräch zum 80. Jahr des Beginns des Spanischen Bürgerkrieges eingeladen. Dazu gab es iberische Tapas und Aufstriche.

Bild rechts oben: Am 16. September haben Ortsverband BO RAT (Basisorganisation Reudnitz, Anger-Crotendorf, Thonberg) und der Bürgerverein Anger-Crotendorf beim Parking-Day zum malen und unterhalten eingeladen. Der Parking-Day ist eine Initiative von Umweltverbänden. Weltweit wird gezeigt, wie stark der öffentliche Raum von Autos bestimmt wird.

Bild rechts unten: Am 27. September wurden wieder zwei Fahnenmasten am Liebknecht-Haus aufgerichtet. Mittlerweile wehen an diesen auch wieder Fahnen.



Bundestagswahl 2017: Gesamtmitgliederversammlung der Leipziger LINKEN

Adam Bednarsky Kandidat*innenfindung und Vorbereitung der GMV

Am 21. Januar 2017 findet die Gesamtmitgliederversammlung der Leipziger LINKEN in der GaraGe (Karl-Heine-Str. 97) statt. An diesem Tag werden wir die DirektkandidatInnen unserer Partei für die Bundestagswahlkreise 152 (Leipzig-Nord) und 153 (Leipzig-Süd) wählen. Weiterhin steht die Wahl von 28 VertreterInnen auf der Tagesordnung, die unseren Stadtverband bei der Landesvertreterkonferenz am 29. April 2017 vertreten und auf der die sächsische Landesliste für die Bundestagswahl 2017 nominiert wird. Zur nächsten Beratung des Stadtvorstandes am 18. Oktober 2016 werden wir uns zur weiteren Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung verständigen. Im Zuge dessen bitte ich, dass sich potentielle KandidatInnen, die sich als DirektkandidatInnen für die beiden o.g. Wahlkreise bewerben wollen, bis zum 1. Dezember 2016 unter adam.bednarsky@dielinke-leipzig.de und in der Geschäftsstelle unter steffi.deutschmann@dielinke-leipzig.de.

de melden. Bislang haben diese Bereitschaft die Genossinnen Barbara Höll, Franziska Riekewald (jeweils Leipzig-Nord) und die Genossen Tilman Loos und Sören Pellmann (jeweils Leipzig-Süd) erklärt.

die zwei Wahlkreise

Das sind die Wahlkreise:

- **Wahlkreis Nord (Wahlkreis Leipzig I / 152):** Stadtbezirke Altwest, Nordwest, Nord, Nordost, Ost
- **Wahlkreis Süd (Wahlkreis Leipzig II / 153):** Stadtbezirke: Südost, Süd, Südwest, West, Mitte

Die Direktkandidat*innen werden jeweils von den Mitgliedern unserer Partei gewählt, die ihren Hauptwohnsitz im jeweiligen Wahlkreis haben. Wo man formal organisiert ist, spielt keine Rolle.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Veranstaltung der Bundespartei in Leipzig: „Was muss drin sein? Du hast was zu sagen. DIE LINKE hört zu.“**
Im nächsten Jahr ist Bundestagswahl. Was stellen wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes? Welche Themen, welche Probleme greifen wir besonders auf? Diese Fragen wollen wir nicht nur in der Partei und untereinander diskutieren. Wir wollen hören, was die Menschen zu sagen haben. Jeder und jede ist willkommen. Auch Leute von befreundeten Organisationen und Bündnispartnern im Alltag. Eine der bundesweit drei Veranstaltungen findet am Sonntag, 06.11. von 11 – 16.30 Uhr in der galerie KUB in Leipzig statt. Es sind fünf Stunden Zeit für den Austausch im Plenum und in Arbeitsgruppen. Wer weniger Zeit hat, ist trotzdem willkommen. Es gibt eine Kinderbetreuung, Snacks und Getränke. Neben Aktiven aus der LINKEN wird auch der Parteivorsitzende Bernd Rixinger dabei sein.

Ist der Frieden noch zu retten?

Jule Nagel Friedenspolitische Veranstaltung
Noch nie seit 1945 gab es weltweit so viele bewaffnete Konflikte wie in den 2010er Jahren. Noch nie mussten so viele Menschen vor Krieg, Verfolgung und Not ihre Länder verlassen. Währenddessen steigen die Militäretats der Staaten stetig an, die Welt befindet sich wiederum in einer Aufrüstungsspirale, die auch die Militarisierung der Innenpolitiken einschließt. Neue Kriegsführung, seien es Drohnenanschläge oder der islamistische Terror, werden nicht zum Ende der Eskalationen führen.

Notwendiges friedenspolitisches und antimilitaristisches Engagement, geht heutzutage jedoch oft Hand in Hand mit undifferenzierten Betrachtungen und Erklärungsversuchen, welche allzu oft in einseitigen Parteiaufnahmen oder Verschwörungstheorien münden. Während die bipolare Weltsicht den Blick auf die Ausdifferenzierung der Konfliktlagen verkleistert, öffnen mangelnde notwendige Abgrenzung und unklare inhaltliche Ausrichtung rechtsoffenem Gedankengut Tür und Tor, was zu einer nachhaltigen Diskreditierung friedenspolitischer Arbeit führt. Waren rechtsoffene Flanken durch ideologisierten Antiamerikanismus und Sympathien mit nicht unproblematischen Volksbefreiungsbewegungen schon immer ein Problem von Teilen der Friedensbewegung, erscheinen die Querverbindungen in Zeiten von Pegida, Compact und Co noch offensichtlicher.

Das Fatale ist, dass dadurch die Relevanz antimilitaristischer Politik zusehends in den Hintergrund rückt. Und das zu Unrecht, erleben Krieg, Waffentransporte und eliminatorische Gewalt doch einen neuen Höhepunkt. In einer Diskussionsveranstaltung wollen wir uns mit der Notwendigkeit antimilitaristischer und friedenspolitischer Politik auseinandersetzen.

Warum ist die Kritik und Intervention gegen Militarisierung und Kriegsführung so wichtig wie noch nie? Unter welchen Voraussetzungen kann aus emanzipatorischer Sicht mit friedenspolitischen Bewegungen zusammengearbeitet werden? Was sind Alternativen zur militärischen Logik, auch gegen Terrorbanden? Steht der Hauptfeind im eigenen Land?

- **DiskutantInnen:** Peter Nowak (Journalist), Ottmar Steinbicker (Journalist) und Herausgeber des Aachener Friedensmagazins aixpaix.de und Bärbel Schindler-Saefkow (Vorsitzende des Deutschen Friedensrates e.V.)
- **VeranstalterInnen:** AG Frieden & Gedenken und linXXnet mit Unterstützung der LINKEN Leipzig

Do. 27. Oktober 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

aktuelle Termine

Notfall Gesundheitssystem - lange Wartezeiten und Personalmangel - Welche Rezepte hat die Linke?

Unser Gesundheitssystem steckt tief in der Krise! Wir merken das durch immer mehr Zuzahlungen, lange Wartezeiten und natürlich mit dem Pflegenotstand in Krankenhäusern. Mit welchen Rezepten möchte DIE LINKE das Gesundheitssystem kurieren und wie sollen die Vorschläge finanziert werden?
Gast: Sabine Zimmermann (MdB).

Fr. 21. Oktober, 18:30 Uhr,
Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77

Wer flüchtet schon freiwillig?

Lesung und Buchvorstellung mit Katja Kipping - „Wer flüchtet schon freiwillig“ - Die Verantwortung des Westens oder warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss.

Mi. 26. Oktober 2016, 18:00 Uhr
Gaststätte „Goldene Höhe“, Virchowstrasse 90

Kuba in Gefahr? - Die Beziehungen zwischen den USA und Kuba in Vergangenheit und Gegenwart

Dieser Abend bietet die Gelegenheit, über die Hintergründe der spannungsgeladenen Beziehung zwischen Kuba und den USA sowie über den Hegemonieanspruch der USA zu erfahren, Einblick in die Geschichte zu erhalten und unsere solidarische Unterstützung Kubas zu verstehen. Als Gast erwarten wir den viel gefragten Lateinamerika-Kenner Jörg Rückmann, Koordinator der AG Cuba Si. Es wird einen Solistand der AG Cuba Si geben.

Mo. 7. November 2016, 18:30 Uhr
PÖGE-Haus, Hedwigstr. 20, Seminarraum

Wachstum, was nun? - Filmvorführung und Ausstellungseröffnung

„Mehr Wachstum!“, fordert man in Zeiten von Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzkrisen. Doch wie zeitgemäß ist das angesichts der weltweiten Knappheit von Ressourcen? „Wachstum, was nun?“ zeichnet anhand von Experten und konkreten Beispielen Alternativen auf, die sich bereits in der Praxis bewährt haben. Gleichzeitig gibt es eine Ausstellungseröffnung der Künstlerin Sarka Prusak. Der Eintritt ist frei.

Mi. 26. Oktober, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 10 1

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Stadtvorstandessitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden,
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, einmal im Monat, Ort auf
Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Donnerstag, 19:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Kochstr. 132

DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr, GWZ,
Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander
Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 31.10., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.